

Mosbach, den 28. Jan. 1981...

I. Der Bebauungsplan der Gemeinde Haßmersheim für das Baugebiet

"Räderweg",

Gemarkung Haßmersheim

wird gem. § 11 BBauG i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256),
geäd. durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) i.V. mit § 1 der
Zweiten VO der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 18.
Dezember 1979 (GBl. 1980 S. 42) unter ~~der~~/den in der Anlage aufgeführten
Auflage(n) g e n e h m i g t.

II. An .das..

Bürgermeisteramt.....

6954 Haßmersheim

unter Anschluß der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen 1. BBauPl-
Fertigung und den gemeindlichen Verfahrensakten. Auf die dortige Ge-
nehmigungsvorlage -hier eingegangen am 31. Okt. 1980 - wird Bezug
genommen.

Die 2. Fertigung des BBauPl wurde an die zuständige Baurechtsbehörde
abgegeben. Die 3. Fertigung haben wir zu den hiesigen Akten genommen.

Der genehmigte Bebauungsplan ~~entsprechend dem § 9 BBauG~~ besteht aus
zeichnerischen sowie schriftlichen Festsetzungen nach § 9 BBauG.....

.....
.....

und genügt den Mindestfestsetzungen des § 30 BBauG. Ihm ist weiter
eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan wird gem. § 12 BBauG mit der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Er ist mit der Bebauungsplan-Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und über seinen bzw. deren Inhalt ist auf Verlangen stets Auskunft zu erteilen. In der ortsüblichen Bekanntmachung ist desweiteren anzugeben, bei welcher Stelle der genehmigte Bebauungsplan während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden kann.

Bei der Bekanntmachung der Bebauungsplan-Genehmigung ist gem. § 155 a BBauG ausdrücklich auf die 1-jährige Ausschußfrist für die Geltendmachung von Verfahrens- oder Formvorschriftsverletzungen und die Rechtsfolgen hinzuweisen. Gleichzeitig ist außerdem noch auf den § 44 c Abs. 1 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 2 BBauG besonders aufmerksam zu machen.

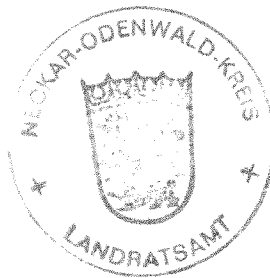
Der ordnungsgemäße Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung ist in urkundlicher Form (Unterschrift und Dienststempel) hierher nachzuweisen. Die nachgenannten Träger der öffentlichen Belange ~~xxxxxxxx~~ sind von der Genehmigung und der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes von dort in Kenntnis zu setzen:

Straßenbauamt	Badenwerk
Wasserwirtschaftsamt	Kath. Kirchenvertretung
Gesundheitsamt	Ev. Kirchenvertretung
Landwirtschaftsamt	Regionalverband
Flurbereinigungsamt	Vermessungsamt
Kreisbeauftragter f. Naturschutz u. Land- schaftspflege	Fernmeldeamt
Polizei-Kommissariat	Gemeindeverwaltungsverband
Gewerbeaufsichtsamt	Forstamt
Staatl. Hochbauamt...	Kirchengemeinschaft
Industrie- und Handelskammer	Notariat.....
Geologisches Landesamt	Wasser- und Schifffahrtsamt
Wehrbereichsverwaltung	Landesdenkmalamt, Karlsruhe

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes tritt eine für dieses Gebiet evtl. bestehende Veränderungssperre außer Kraft (§ 17 Abs. 5 BBauG).

Aufgrund gegebener persönlicher Gebührenfreiheit (§ 6 Abs. 1 Ziffer 4 LGebG) ergeht diese Entscheidung gebührenfrei.


Dr. Heydlauf



Auflage(n) zum Genehmigungsbescheid des Bebauungsplanes"Rüderweg"

Vor der ortsüblichen Bekanntmachung des genehmigten Bebauungsplanes ist ~~nachstehenden~~/nachstehenden Auflage(n) noch Rechnung zu tragen:

1. In der Ziffer 5.1 der Schriftlichen Festsetzungen sind die Worte "und Höhenlage" sowie "und die beigefügten Längsschnitte", da nicht Bebauungsplaninhalt, zu streichen.
2. Die Ziffer 7.2.3 der Schriftlichen Festsetzungen ist mangels Ermächtigungsgrundlage (vergl. § 111 Abs. 2 LBO) unzulässig und daher ersatzlos zu streichen. Die Ziffer 7.2.4 der Schriftlichen Festsetzungen wird hierdurch Ziffer 7.2.3.

Hinweise: a. Im § 3 der Satzung muß es unter der Anlage Nr. 6 richtig "M. 1 : 1000" heißen.

b. Die Schriftlichen Festsetzungen sind mit dem Datum vom 27.08.1980 (Satzungsbeschlußfassung) noch zu unterzeichnen und mit einem Dienststempel zu versehen.

c. In der seitlichen Planzeichenerläuterung des Bebauungs-
Lageplanes sollte der angeführte Geschoßflächenzahl -
Unterwert 0,6 durch den richtigen Wert 0,4 ersetzt
werden.

d. Alle Träger öffentlicher Belange (mit Ausnahme hiesiger Dienststelle) die im Zuge der 1. und 2. Offenlegung Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, sind noch schriftlich über das Ergebnis der am 27. Aug. 1980 durch den Gemeinderat vorgenommenen formellen Abwägung derselben zu unterrichten.